

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Bahnhofsvorplatz als öffentlichen Raum erhalten – Verkauf des Investorengrundstücks stoppen!**

Seit den Neunzigerjahren betreibt der Senat den Verkauf des Bahnhofsvorplatzes, des sogenannten Investorengrundstücks. Damit soll einer der zentralen Plätze Bremens, der sich in öffentlicher Hand befindet, privatisiert werden. Die Ausschreibungen 1994, 1998 und 2008 verliefen ergebnislos. Nach Presseberichten wird aktuell jedoch erneut mit potenziellen Interessenten über eine freihändige Vergabe verhandelt.

Ein Verkauf des Grundstücks würde zu einer Hochhausbebauung im direkten Sichtfeld des Bahnhofs führen. Die Investoren wollen dort ein sechsstöckiges Bürogebäude mit Einzelhandels- und Gastronomieflächen errichten. Für die Stadt Bremen bringt der Verkauf einmalige Einnahmen von 5,9 Mio. €. Für die Bremerinnen, Bremer und Reisende bedeutet die Bebauung eine weitere massive Verdichtung des Innenstadtraums. Die fortschreitende Kommerzialisierung innerstädtischer Bereiche und unzureichende Beteiligungsverfahren stoßen zunehmend auf öffentliche Kritik.

Mit der Hochhausbebauung am Bahnhofsvorplatz bereitet sich eine „Bremen 21“-Situation vor. Die zugrundeliegenden Planungen sind allesamt veraltet, die Beteiligungsprozesse liegen teilweise 14 Jahre zurück. Gehandelt wird ausschließlich aus Verwertungsinteresse, dem das öffentliche Interesse einer Gestaltung mit breiter Bürger/-innenakzeptanz nachgeordnet wird. Es ist daher geboten, diesen Vorgang zu beenden. Der seit seiner Deklaration als Investorengrundstück stark vernachlässigte Platz bedarf einer Neugestaltung, die den Vorstellungen der Bremerinnen und Bremer entspricht. Ein öffentlicher Ideenwettbewerb mit Bürger/-innen- und Beiratsbeteiligung kann zur einer konsensualen Lösung führen. Dabei sollen Möglichkeiten einer Nutzung als Grünanlage, Skaterpark, Begegnungsfläche etc. gleichberechtigt in die öffentliche Beratung eingehen. Bremen braucht öffentlichen Raum im Zentrum der Stadt – nicht noch mehr Beton und Privatisierung!

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, keine weiteren Verhandlungen mit dem Ziel des Verkaufs des Grundstücks zu führen.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, einen öffentlichen Ideenwettbewerb unter Einbeziehung aller interessierten Bürger/-innen zu organisieren, um eine Gestaltung des Platzes vorzubereiten, die breite Akzeptanz findet.

Klaus-Rainer Rupp, Monique Troedel,  
Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE